S 17 RJ 700/01

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	20
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 17 RJ 700/01
Datum	17.04.2002

2. Instanz

Aktenzeichen	L 20 RJ 360/02
Datum	09.07.2003

3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Die Berufung der KlÄgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts NÄrnberg vom 17.04.2002 wird zurÄckgewiesen.
II. AuÄergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten um die Anerkennung weiterer Beitragszeiten vom 01.03.1956 bis 13.04.1960 in der Rentenversicherung.

Die 1938 geborene KlÄgerin ist am 21.07.1989 aus dem Gebiet der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik Äbergesiedelt. Sie hatte bereits vorher von 1956 bis 1961 in Bayern (Landkreis T.) gelebt und gearbeitet. Am 20.04.1960 hat sie geheiratet. Im Rahmen eines KontenklÄrungsverfahrens erteilte die Beklagte den Feststellungsbescheid vom 19.01.2001 gemÄÄ [Ä§ 149 Abs 5 SGB VI](#), in dem u.a. die Anerkennung einer Beitragszeit vom 01.03.1956 bis 30.04.1960 abgelehnt wird, da fÄr diese Zeit die BeitrÄge erstattet worden seien. Dagegen erhob die KlÄgerin Widerspruch und brachte vor, ihr sei von einer Erstattung nichts bekannt; sie habe weder einen entsprechenden Antrag gestellt noch einen Erstattungsbetrag

erhalten. Die Beklagte wies den Widerspruch mit Bescheid vom 28.06.2001 zurck. Die Beitrge vom 01.03.1956 bis 13.04.1960 zur deutschen gesetzlichen Rentenversicherung seien gemss [1304 RVO](#) in damals geltenden Fassung (Heiraterstattung) von der LVA Niederbayern-Oberpfalz mit Bescheid vom 07.06.1961 erstattet worden. Die Erstattung schliee alle weiteren Ansprche aus den bis dahin zurckgelegten Versicherungszeiten aus. Die durchgefhrte Erstattung ergebe sich aus dem Inhalt der Versicherungskarte Nr 1, der der Klgerin bekanntgegeben worden sei.

Gegen diese Entscheidung hat die Klgerin am 03.08.2001 Klage beim Sozialgericht Nrnberg erhoben. Sie hat geltend gemacht, sie habe sich zu keiner Zeit die Beitrge erstatten lassen. Die Beklagte knne auch nicht ausreichend nachweisen, dass eine Erstattung tatschlich erfolgt sei. Dem Gericht hat insbesondere vorgelegen die Versicherungskarte Nr 1 der Klgerin ausgestellt von der Gemeinde F. am 25.06.1956 mit Entgelteintragungen fr die Zeit vom 01.03.1956 bis 13.04.1960. Die Entgelte sind mit dem Stempel "ungltig" versehen; die Karte enthlt zudem den Stempel-Vermerk "Beitrge ab 01.03.1956 erstattet   [1304 RVO](#) Landshut, den 07.06.1961". Mit Urteil vom 17.04.2002 hat das SG die auf Anerkennung einer Beitragszeit vom 01.03.1956 bis 13.04.1960 gerichtete Klage abgewiesen. Die Beweislast fr die Erfllung eines Beitragserstattungsanspruches trage zwar der Versicherungstrger; die vorliegende Beweislage spreche aber dafr, dass eine Beitragserstattung erfolgt sei und die Klgerin den Erstattungsbetrag auch erhalten habe. Der Inhalt der Versicherungskarte Nr 1 ergebe einen Beweis des ersten Anscheins. Es entspreche einem typischen Lebenssachverhalt, dass der Rentenversicherungstrger, der das Erlschen eines Versicherungsverhltnisses und eine Beitragserstattung aktenkundig gemacht habe, diese auch ausbezahlt habe (Hinweis auf Rechtsprechung des LSG Nordrhein-Westfalen). Umstnde, die diese Schlussfolgerung erschttern knnten, habe die Klgerin nicht vorgebracht.

Gegen dieses Urteil richtet sich die am 12.07.2002 beim Bayer. Landessozialgericht eingegangene Berufung der Klgerin. Es sei letztlich nicht erwiesen, dass eine Beitragserstattung tatschlich stattgefunden habe. Sie, die Klgerin, wisse, dass sie weder einen Antrag auf Erstattung von Beitrgen gestellt habe noch dass sie jemals einen entsprechenden Bescheid oder eine Zahlung erhalten habe. Mit Bescheid vom 08.04.2003 hat die Beklagte der Klgerin Regelaltersrente bewilligt ab 01.04.2003, (in Hhe von 756,20 EUR monatlich). In der Rentenberechnung ist die streitige Zeit nicht enthalten.

Die Klgerin beantragt, das Urteil des Sozialgerichts Nrnberg vom 17.04.2002 aufzuheben und die Beklagte unter Abnderung des Bescheides vom 19.01.2001 idF des Widerspruchsbescheides vom 28.06.2001 sowie des Bescheides vom 08.04.2003 zu verpflichten, die Zeit vom 01.03.1956 bis 13.04.1960 als Beitragszeit anzuerkennen.

Die Beklagte beantragt, die Berufung der Klgerin zurckzuweisen.

Dem Senat haben die Verwaltungsakten der Beklagten, mit Aktenteil der LVA Niederbayern-Oberpfalz, und die Prozessakte des SG Nürnberg vorgelegen. Wegen weiterer Einzelheiten des Sachverhalts wird auf den gesamten Akteninhalt Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung der Klägerin ist form- und fristgerecht eingelegt und auch im Übrigen zulässig. Die Beteiligten streiten im Ergebnis um die Anerkennung weiterer Beitragszeiten, nicht um die Auszahlung oder Höhe eines Erstattungsbetrages.

Das Rechtsmittel der Klägerin erweist sich als nicht begründet.

Die streitigen Beitragszeiten sind durch Beitragserstattung untergegangen. Das SG Nürnberg hat zutreffend in der Beweiswürdigung auf den Inhalt der Versicherungskarte Nr 1 der LVA Niederbayern-Oberpfalz abgestellt. Diese Karte enthält nicht nur den Vermerk, dass die Entgelteintragungen für die streitige Zeit ungültig gestempelt wurden, sondern auch den Zusatz, dass die Erstattung der Beiträge (Heiratserstattung) am 07.06.1961 erfolgt ist. Dieser Anscheinsbeweis wird nicht dadurch entkräftet, dass die Klägerin nunmehr, nach einem Zeitraum von ca 40 Jahren, geltend macht, sie habe eine Erstattung nicht beantragt, keinen Erstattungsbetrag erhalten und wisse von dem Vorgang nichts. Mithin ist das Erinnerungsvermögen der Klägerin nach so langer Zeit auch verblasst; die Klägerin ist 1961 in die DDR zurückgekehrt, hat dort eine Arbeit aufgenommen und ihren Lebensunterhalt bestritten. Die Beiträge aus der Bundesrepublik hatten für sie aus damaliger Sicht wohl keine Bedeutung mehr. Es erscheint deshalb geradezu naheliegend, dass sie von der Erstattungsmöglichkeit Gebrauch gemacht hat, auch wenn der Erstattungsbetrag gering gewesen sein dürfte (Gesamt-Bruttoentgelt ca 6.500,00 DM). Bei der LVA Niederbayern-Oberpfalz sind keine weiteren Unterlagen vorhanden. Wie das SG ist auch der Senat der Auffassung, dass der Inhalt der Versicherungskarte Nr 1 den tatsächlichen Geschehensablauf wiedergibt; es besteht auch nicht der Verdacht, dass die Eintragungen in der Karte, einschließlich der Stempelaufdrucke und Vermerke, in irgendeiner Weise gefälscht oder verfälscht sein könnten. Dies bedeutet zur Überzeugung des Senats, dass die Beitragserstattung stattgefunden hat wie in der Karte bestätigt; dies gilt auch dann, wenn die Klägerin keine Erinnerung mehr an die gesamten Vorgänge hat.

Die Berufung der Klägerin war demnach zurückzuweisen mit der Folge, dass außergerichtliche Kosten nicht zu erstatten sind.

Gründe für die Zulassung der Revision gemäß [§ 160 Abs 2 SGG](#) sind nicht ersichtlich.

Erstellt am: 17.02.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024